

An die Redaktion des „Spiegel“ – spiegel@spiegel.de

Leserbrief zu: **AfD-„Lehrerpranger“ – „Schulklima vergiftet“** Spiegel 39/21.9.19, S. 29

Sie zitieren Bildungssenator Ties Rabe (SPD) mit den Worten: „Es gibt immer die Möglichkeit, (zur) Beschwerde, (...) wenn es Unstimmigkeiten (...) rund um das Neutralitätsgebot gibt.“

Es gibt keine politische Neutralität, wenn es um Menschenwürde, Achtung Andersdenkender, wenn es um unsere Grundrechte und die Demokratie geht. Das ist die Lehre nach 12 Jahren Nazi-Terror, nach Auschwitz, nach der Ermordung behinderter Menschen im Namen des deutschen Volkes. Wir alle sind aufgerufen, für die Menschenrechte und das Grundgesetz aktiv zu werden, im besten Sinne **für Demokratie Partei zu nehmen**. Diese Grundsätze hören nicht am Schultor auf, sondern Schule muss sich an ihnen messen lassen, wenn es um ihre innere Demokratie geht.

Alle Menschen im öffentlichen Dienst „müssen sich durch ihr gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne der Verfassung bekennen und für deren Erhaltung eintreten“, steht sinngemäß in allen Landes- und Bundesgesetzen. Was im Unterricht geboten ist, wird als *Beutelsbacher Konsens* bezeichnet. Danach dürfen Lehrer*innen (1) ihre Schüler*innen nicht manipulieren, sie zu einer bestimmten Meinung drängen oder mit einer bestimmten Ideologie indoktrinieren. (2) Was in der Politik (und Wissenschaft) kontrovers ist, muss auch im Unterricht von den Lehrer*innen kontrovers dargestellt werden. (3) Alles das dient dazu, dass die Schüler*innen nicht nur lernen, eine politische Situation zu analysieren, sondern dass sie auch sich ihrer eigenen Interessen bewusst werden und Mittel und Wege erkennen, sich aktiv in die Politik einzumischen.

Wir alle müssen uns gut merken, welche Partei Lehrer*innen für das, was ihr Auftrag ist, an den Pranger stellen will. Wir brauchen keine Minister*innen, die geschichtsvergessen und unkritisch die Wortwahl der AfD benutzen, wir brauchen Minister*innen, die aufklären, dass die Nazis bis 1933 „staatliche Neutralität“ einforderten. Die obersten Dienstherr*innen sollten Lehrkräfte darin bestärken, dass sie die Schüler*innen durch ihr Vorbild zu mutigen und selbstbewussten Demokraten erziehen und ihnen nicht mit Verweis auf den Beamtenstatus verbieten, die ihnen anvertrauten, jungen Menschen zu unterstützen.



Wolfgang Thiel, Rektor an Gesamtschulen a.D. In Rheinland-Pfalz Lehrer und Funktionsträger in Schulleitungen; bis 2012 Didaktischer Koordinator a. d. Georg-Forster-Gesamtschule in Wörrstadt; bis 2017 mit Lehrauftrag im Studiengang „Schulmanagement“ an der TU Kaiserslautern tätig.